

Resolution

A1-Weiterbau und – Lückenschluss – Jetzt!

Der Verbandsgemeinderat Hillesheim ist über die Aussagen der neuen Landesregierung zum A1-Lückenschluss befremdet.

Während der Hochmoselübergang als verkehrspolitisches Projekt der Landesregierung vorangetrieben wird, steht der A1-Weiterbau unter besonderem „Naturschutzvorbehalt“.

Im Koalitionsvertrag heißt es zum Lückenschluss zwischen Kelberg und Blankenheim (NRW):

„Die naturschutzfachlichen Planungen sind (daher) mit besonderer Untersuchungstiefe parallel mit einer Nullvariantenuntersuchung durchzuführen. Sie werden unter Einbeziehung von Naturschutzbehörden auf Bundesebene einer Überprüfung vor Einleitung des Planfeststellungsverfahrens unterzogen.“

Wir befürchten einen Stillstand des Weiterbaus für mehrere Jahre! Schon seit 30 Jahren wird der Vulkaneifel von den jeweiligen Landesregierungen (in RLP und NRW) und den Bundesregierungen versprochen, den Lückenschluss mit Priorität zu realisieren.

Ohne eine schnelle Anbindung an den Kölner-Raum wird die Vulkaneifel nicht attraktiver für neue Industrie- und Gewerbeansiedlungen oder für einen Pendlerzustrom an Fachkräften aus der Region Euskirchen/Köln.

Welchen positiven Impuls eine Autobahnverbindung zwischen den Ballungsgebieten Koblenz – Trier – Saarbrücken für die angrenzenden kleineren Ortschaften haben kann, zeigt das Beispiel der A48. Hier florieren die Gewerbe- und Industrieansiedlung sowie der Pendlerzustrom von Fachkräften. Diesen positiven Nutzen fordern wir für die Vulkaneifel. Die Bevölkerung und der Tourismus würden durch den Lückenschluss profitieren. Der zügige Weiterbau einer Autobahn würde die Verkehrsbelastung in den Dörfern und die Schädigung der Eifellandschaft erheblich reduzieren.

Der zügige Weiterbau der A1 bedeutet deshalb ein Mehr an gewerblicher Infrastruktur, Tourismus, Arbeitsplätzen, Lebensqualität und auch ein Mehr an Umwelt- und Naturschutz, durch die Entlastung der zzt. massiv überlasteten Straßen vor allem in der VG Hillesheim!

Deshalb fordern wir den sofortigen Weiterbau und den schnellstmöglichen Abschluss des Planfeststellungsverfahrens zwischen Kelberg und Blankenheim (NRW). Die Bundes- und die Landesregierung werden aufgefordert, sich für die unverzügliche Fertigstellung des Weiterbaus einzusetzen und auf den Lückenschluss zu drängen.